In der Cannabis-Branche herrscht Goldgräberstimmung

Gesundheitspolitiker zeigen auf, wie liberal der Staat künftig mit THC-Produkten umgehen soll

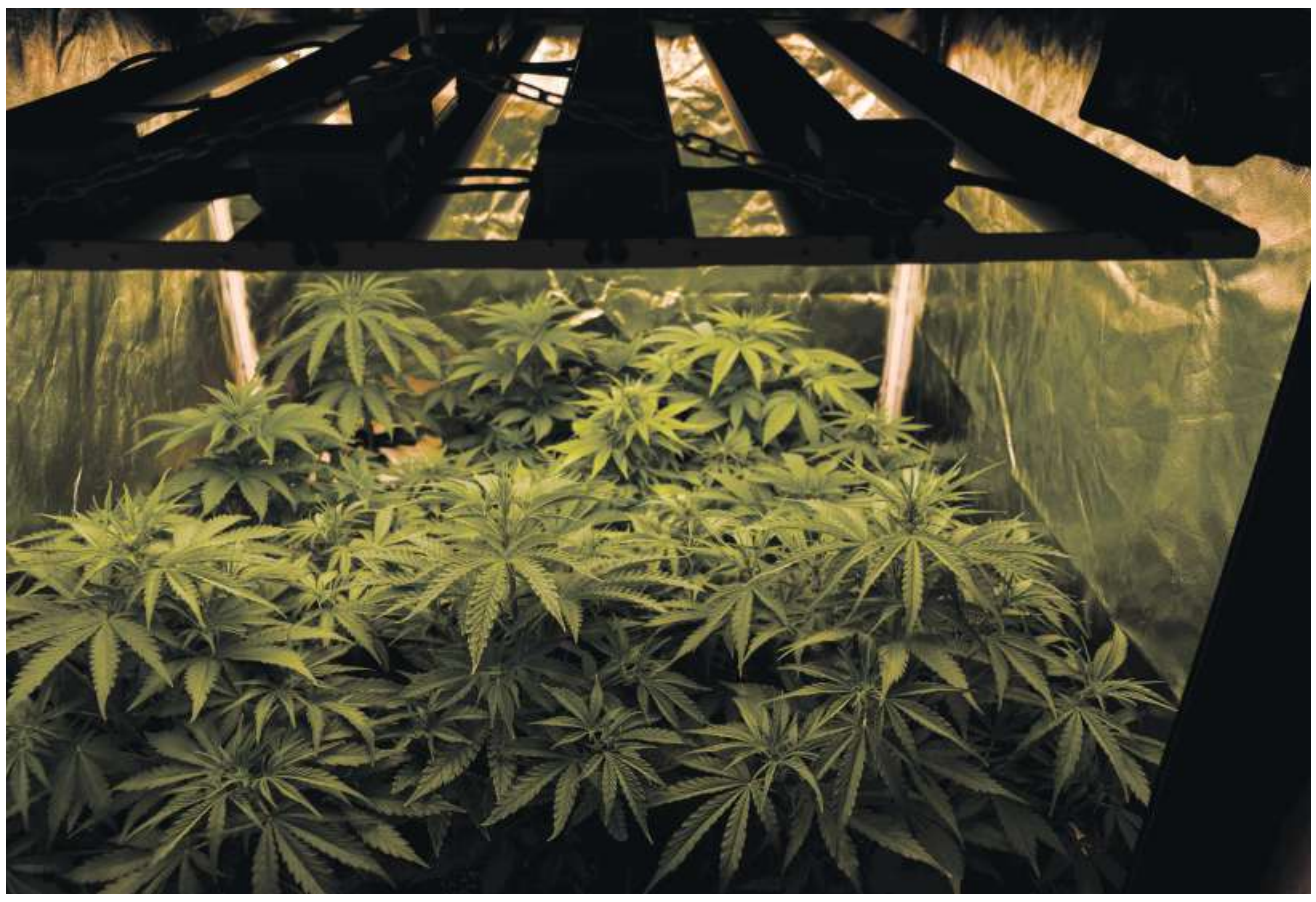
SIMON HEHLI

«Wir sind bereit»: Das sagt Rico Üslük bei einem Treffen im letzten Sommer. Der deutsche Manager, der einst Coca-Cola und Computermäuse verkauft hat, steht vor einem unterirdischen Raum voller Cannabispflanzen. Ein süsslich-herber Duft durchströmt die Anlage im solothurnischen Breitenbach, wo früher der Industriekonzern Von Roll Maschinen hergestellt hat. Und wo nun die grösste Indoor-Marihuana-Plantage ganz Europas in Betrieb ist.

Noch wachsen hier vor allem zwei Arten von Cannabis. Einerseits CBD-Hanf, also Pflanzen mit einem THC-Gehalt von weniger als einem Prozent, wie sie in der Schweiz seit einigen Jahren legal sind. Sie wirken entspannend, aber nicht berauschend. Andererseits stark THC-haltiges Cannabis für den streng regulierten medizinischen Gebrauch.

Doch es lockt das ganz grosse Geschäft: der Genuss-Cannabis für Kiffer. Das ist es, wofür die Firma Marry Jane mit der Breitenbacher Anlage bereit sein will. Der Name ist eine Anspielung auf den in den USA geläufigen Slang-Ausdruck «Mary Jane» für Marihuana.

Laut dem Bundesamt für Statistik gibt es in der Schweiz rund 220 000 regelmässige Cannabiskonsumenten (mindestens einmal pro Monat) und fast doppelt so viele Gelegenheitskiffer. Bis anhin müssen sie ihren Stoff illegal besorgen. Nun arbeitet die Politik jedoch an einer Legalisierung – und versetzt eine ganze Branche in Goldgräberstimmung.



Cannabiskonsum soll in der Schweiz legal werden, die Produktion ebenso. OLENA RUBAN / GETTY

Die Politik spielt mit

Eine Studie aus dem Jahr 2022 kam zu dem Schluss, dass auf dem Schweizer Schwarzmarkt rund 57 Tonnen Cannabis gehandelt werden. Der Umsatz beläuft sich geschätzt auf 600 Millionen Franken im Jahr. Und Marry Jane wäre in der Lage, einen Grossteil der Kiffer in der Schweiz zu versorgen. Derzeit stellt das Unternehmen gut 20 Tonnen CBD- und Medizinalcannabis her. Die Produktionsstätte, die 15 000 Quadratmeter gross ist, könnte Marry Jane verdoppeln, die dafür notwendigen Kellerräume stehen in Breitenbach gleich nebenan. Ein Umschwenken auf Genuss-Cannabis und die Herstellung von 50 Tonnen im Jahr: schnell machbar, so Üslük.

Doch all das nützt wenig, wenn die Politik nicht mitspielt. Deshalb wartete die Branche gespannt auf die Signale aus Bern. 2021 haben die Gesundheitskommissionen (SGK) beider Kammern eine parlamentarische Initiative des damaligen Mitte-Nationalrats Heinz Siegenthaler für eine Cannabis-Legalisierung angenommen.

Während in verschiedenen Städten Feldversuche mit einer Cannabisabgabe an Probanden starteten, machte sich deshalb parallel eine Subkommission der nationalrätlichen SGK ans Werk. Diese Woche hat die ganze Kommission nun die Vorlage beraten. Und seit Freitag ist klar, in welche Richtung es gehen soll. Die Mehrheit der SGK-Mitglieder hält die heutige Situation mit dem Verbot für Anbau, Handel und Konsum von Cannabis für unbefriedigend und den prohibitiven Ansatz für verfehlt. Sie will deshalb Erwachsenen einen «strikt geregelten» Zugang zu THC-haltigen Substanzen ermöglichen, ohne den Konsum zu fördern, wie es in einer Mitteilung heisst. Die Eckpunkte der Vorlage:

■ Kiffer dürfen daheim zur Eigenversorgung maximal drei Pflanzen in Blütephase anbauen.

■ Eine gewinnorientierte gewerbliche Produktion von THC-Produkten, wie sie in Breitenbach geplant ist, soll erlaubt werden. Um eine Bewilligung vom Bund zu erhalten, müssen Anbauer und Hersteller strenge Auflagen erfüllen. Für spezifische Zwecke kann auch der Import oder Export bewilligt werden.

■ Es sollen strenge Anforderungen an die Produktequalität gelten. Cannabisprodukte sind neutral, ohne Markenelemente, mit Warnhinweisen und Beipackzettel sowie kindersicher zu verpacken.

■ Der Verkauf soll einem staatlichen Monopol unterliegen: Nur eine limitierte Anzahl von kantonal konzessionierten Läden und ein einziger Onlinehändler dürfen Cannabisprodukte vertreiben. Der Verkauf darf nicht gewinnorientiert sein, allfällige Gewinne müssen in die Prävention oder die Suchthilfe fliessen.

■ Das Angebot muss auch Cannabis mit tiefem THC-Gehalt sowie nicht rauchbare Produkte wie Gummibärchen enthalten, um einen risikoärmeren Konsum zu ermöglichen.

■ Organisationen dürfen nicht gleichzeitig Cannabis produzieren und verkaufen.

■ Es gilt ein Werbeverbot für sämtliche Cannabisprodukte und auch für Stecklinge oder Geräte zur Aufzucht.

■ Die Abgabe von Cannabis an Minderjährige bleibt verboten. Wer sich dem legalen Markt entzieht, soll härter bestraft werden als heute.

■ Im Strassenverkehr gilt bezüglich Cannabiskonsum weiterhin die Nulltoleranz.

Bei der Frage der Abgaben hat sich die Kommission gegen eine Cannabissteuer entschieden. Eine solche würde eine Verfassungsänderung bedingen – und damit ein automatisches Referendum nach sich ziehen. Zwar sind laut einer Umfrage aus dem Jahr 2021 zwei Drittel der Schweizerinnen und Schweizer für eine Cannabislegalisierung. Aber beim Ständemehr könnte es in einer Verfassungsabstimmung eng werden.

Stattdessen schlägt die Kommission eine Lenkungsabgabe vor. Sie soll vom THC-Gehalt eines Produkts und von der Konsumform abhängen. Und das Geld fliesst über die Krankenkassenprämien an die Bevölkerung zurück.

Dass gegen eine solche Gesetzesvorlage das (fakultative) Referendum ergriffen wird, ist sehr wahrscheinlich. Heftiger Widerstand kommt von der SVP. Die Luzerner Nationalrätin Vroni Thalmann-Bieri ist Vorstandsmitglied beim Verein Jugend ohne Drogen und war Teil der Subkommission der SGK, die die Cannabis-Vorlage ausgearbeitet hat. Sie sagt: «Eine Legalisierung darf nie passieren!» Sie befürchtet, dass Teenager dadurch leichter Cannabis kaufen könnten – und Joints seien schliesslich die «Einstiegsdroge Nummer eins». Es sei verheerend, wenn Cannabis zu etwas Normalem werde und der Staat zum Dealer verkomme.

Studien bestärken Kritiker

In Deutschland gibt es ähnliche Bedenken, auch in Fachkreisen. Bestätigt fühlen sich die Kritiker durch die Ergebnisse von zwei neuen Studien aus Kanada: In der Provinz Ontario hat sich die Zahl der Schizophrenie-Fälle im Zusammenhang mit THC-Produkten seit der Legalisierung vor sieben Jahren mehr als verdoppelt. Und auch das Sterberisiko hat sich bei Patienten, die wegen Cannabis-Missbrauchs hospitalisiert wurden, stark erhöht.

Die Ergebnisse würden sie bestärken, sich gegen eine Cannabislegalisierung auszusprechen, sagte Euphrosyne Gouzoulis-Mayfrank, die Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, in der NZZ. Ihre Befürchtung: Je mehr junge Leute kiffen, weil sie durch die Legalisierung Cannabis leichter kaufen können, umso mehr verwundbare Teenager und Jugendliche werden die Droge konsumieren – mit einem hohen Risiko, psychisch krank zu werden.

In der Schweiz ist der Zeitgeist jedoch ein anderer. «Der Staat soll erwachsenen Menschen keine Vorschriften machen für eine Substanz, die nicht gefährlicher ist als andere, legale Suchtmittel», sagt Toni Berthel, der Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Suchtmedizin. Der abstinenzorientierte Ansatz habe versagt, das habe sich in den Neunzigerjahren auch in der Heroinkrise gezeigt. «Man muss akzeptieren, dass in unserem Land viele Leute zu Joints greifen – das kann man weder verbieten noch wegpredigen oder wegtherapieren.»

Zentral sind für ihn Schaden mindernde Massnahmen. Und dass man Jugendliche und anfällige Personen gut schützen könne. «Die Prävention gelingt besser, wenn man den Schwarzmarkt austrocknet. Den Dealern ist das Wohlergehen ihrer Kunden egal.»

Der Suchtmediziner hat jahrzehntelang mit Jugendlichen gearbeitet, auch mit vielen Kiffern. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein moderater Cannabiskonsum bei Personen, bei denen die Hirnentwicklung noch nicht abgeschlossen ist, psychische Störungen auslöst, hält er für gering. «Ich habe immer wieder beobachtet, dass gerade Leute mit Problemen häufig kiffen oder zu viel Alkohol trinken, das tut ihnen natürlich nicht gut.» Wenn man Cannabis aus der Verbotsecke heraushole, könne man aber viel früher anfangen, mit solchen Jugendlichen zu arbeiten. Es brauche mehr Konsumkompetenz, sagt Berthel.

Nötig sei zudem mehr Konsumentenschutz: «Für erwachsene Kiffer wäre es ein grosser Fortschritt, wenn sie dank dem regulierten Markt und dem kontrollierten Anbau sicher sein können, dass ihr Stoff nicht mit giftigen Stoffen verseucht ist. Und wenn sie genau wissen, wie hoch der THC-Gehalt ist.»

Günstige Energie als Vorteil

Ein wesentlicher Kostenfaktor für die Produktion von Cannabispflanzen ist die Energie. Und weil die Strompreise in der Schweiz tiefer sind als in der EU, ist der Standort Breitenbach trotz den hohen Schweizer Löhnen theoretisch europaweit konkurrenzfähig. Marry Jane schielte insbesondere auch auf den deutschen Markt, der rund zehnmal grösser ist als der hiesige.

Solche Expansionsgelüste dürften ein Grund dafür gewesen sein, warum die Firma den Bayern Üslük geholt hat. Nun ist der Manager nicht mehr erreichbar. Laut Gewährsleuten ist er seinen Posten bei Marry Jane, den er erst 2023 angetreten ist, schon wieder los. Die Hintergründe sind unklar, doch es dürfte ein Zusammenhang bestehen mit der politischen Grosswetterlage in seinem Herkunftsland.

Im Frühling 2024 setzte in Deutschland ein kleiner Cannabis-Boom ein: Erwachsene dürfen seither legal daheim oder in nichtkommerziellen «Anbauvereinigungen» THC-haltige Pflanzen produzieren und rauchen. Doch die CDU, die bei Umfragen für die Neuwahlen vom 23. Februar klar in Führung liegt, will diese Liberalisierung der Ampelkoalition rückgängig machen.

Das Cannabis-Gesetz sei ein Konjunkturprogramm für Kriminalität und gefährde Kinder und Jugendliche, hält die CDU in ihrem Wahlprogramm fest. Weitere Öffnungsschritte, die auch Importe von Schweizer Cannabis ermöglichen würden, sind damit für die nahe Zukunft erst recht unrealistisch geworden. Und damit auch das ganz grosse Geschäft für Firmen wie Marry Jane.

Positsch ist zurück

Der SP-Ständerat spielt eine seiner ständigen Rollen – den Provokateur

SAMUEL TANNER, SELINA BERNER

In letzter Zeit bewegte sich Daniel Positsch, der omnipräsente SP-Ständerat aus Zürich, unter dem bundesbernischen Radar. Aber als wäre es inzwischen ein Naturgesetz, meldet er sich kurz vor der nächsten Bundesratswahl zurück. In einem Interview bei CH Media sagte er, die Auswahl an Mitte-Kandidaten für die Nachfolge von Viola Amherd befriedige ihn nicht. Er glaube nicht, dass er Markus Ritter oder Martin Pfister wählen werde. Stattdessen wäre der SVP-Ständerat Werner Salzmann «ein hervorragender Chef» für das VBS. Zum Interview erschien ein Bild, das ihn allein hinter einem riesigen Tisch zeigte. Er sah aus wie der letztinstanzliche Richter in dieser Frage.

Generell sieht sich Positsch bei Bundesratswahlen zu stark eingeschränkt, einerseits müsse er sich an die Zauberformel halten, andererseits an offizielle Tickets der Parteien. «Ich halte dieses System für undemokratisch», sagte er gegenüber CH Media.

Juso fordern Rücktritt

Positsch äusserte sich explizit zwar über die anstehende Wahl, aber er sprach implizit auch über die vergangenen Bundesratswahlen. Als es im Dezember 2022 um die Nachfolge von Simonetta Sommaruga ging und die SP nur Frauen kandidieren liess, erklärte Positsch: «Ich kann das nicht akzeptieren!» Er glühte vor Ambitionen, aber er durfte nicht. Und als es im Dezember 2023 um die Nachfolge von Alain Berset ging, war die Beziehung zwischen Positsch und seiner Partei so schlecht, dass die Fraktion ihn wieder nicht auf das Ticket setzte. Auch wenn sich Positsch sogar für seine De-facto-Kandidatur im Jahr davor entschuldigt hatte: «Ja, ich habe Fehler gemacht.»

Indem er nun Werner Salzmann vorgeschlagen habe, habe er die Absurdität des Ticketzwangs demonstrieren wollen, sagt Daniel Positsch am Telefon: «Es wird unmöglich, die Besten zu wählen. Wer es wagt, ausserhalb des Tickets zu wählen oder zu kandidieren, wird fast gesteinigt. So werden Bundesratswahlen zur Alibiübung.»

Natürlich rief er damit vor allem der SP seinen eigenen Fall in Erinnerung. Entsprechend waren die Reaktionen aus der SP. Die Liste der Differenzen zwischen dem Ständerat und seiner Partei sprengt inzwischen jeden Artikel. Jüngst riefen die Zürcher Juso ihm in Grossbuchstaben zu: «DANI, TRITT ENDLICH ZURÜCK!»

Positsch seinerseits trat am Donnerstag an einer Pressekonferenz gegen die Erbschaftssteuerinitiative der Juso auf. Und gab am Freitag im «Tages-Anzeiger» mit freundlichen Grüssen an seine Partei bekannt, er werde im Jahr 2027 noch einmal als SP-Ständerat kandidieren.

Plädoyer für die Neutralität

Was am Freitag aus der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats drang, dürfte die Differenzen weiter vergrössern. So habe Positsch gemeinsam mit Werner Salzmann – den er sich im Bundesrat wünscht – für die Annahme der Neutralitätsinitiative der SVP gestimmt. Es blieb bei zwei Ja-Stimmen, die Mehrheit sprach sich gegen die Initiative aus. Die SP hat bereits in einem Positionspapier erklärt, dass sie die «Pro-Putin-Initiative» ablehne, und zwar «entschieden».

Daniel Positsch verurteilt die Indiskretionen aus der Sicherheitspolitischen Kommission. Er will sich nicht zu seinem angeblichen Stimmverhalten äussern. Wie er, anders gefragt, zur Neutralitätsinitiative der SVP stehe? «Sie werden es in der Ratsdebatte sehen. Ich positioniere mich nicht vorab.»

Als es im März 2023 im Ständerat um die Neutralität ging, hielt er zumindest schon ein flammendes Plädoyer für die Schweizer Neutralität, die eben schwierig «auszuhalten» sei. Sogar die SVPler, notierte damals die NZZ, hätten über seine Rede nicht schlecht gestaunt.